

**Antrag** der Fraktionen der SPD und der CDU

**Bundeszuweisungen für den Nahverkehr nach dem Regionalisierungsgesetz**

Ziel der Bahnstrukturreform zum 1. Januar 1994 war, eine zukunftsfähige Grundlage für den schienengebundenen Nahverkehr (SPNV) zu schaffen.

Über das seinerzeit beschlossene Regionalisierungsgesetz wird den Ländern bis Ende 2007 eine festgesetzte Summe zur Finanzierung der Verkehrsleistungen im SPNV und für Investitionen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zur Verfügung gestellt.

Trotz dieser gesetzlichen Absicherung der Mittel wird im Zusammenhang mit der Haushaltslage des Bundes über Kürzungen ab 2006/2007 nachgedacht.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, dass die Entwicklung des SPNV und des ÖPNV für Bremen eine hohe Priorität hat. Eine Mittelkürzung würde die Realisierung des Nahverkehrsplans 2003 bis 2007 und darin bereits nachrichtlich enthaltene Folgeprojekte in Frage stellen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass der Senat in den Verhandlungen über die Regionalisierungsmittel den hohen Stellenwert des Nahverkehrs für die Verkehrsbewältigung in Ballungsräumen und deren Vernetzung mit dem Umland insbesondere durch S-Bahn-Systeme deutlich macht und sich für eine bedarfsgerechte langfristige finanzielle Ausstattung einsetzt.

Reimund Kasper, Uta Kummer,  
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Dieter Focke,  
Hartmut Perschau und Fraktion der CDU